

Freie Liste Unna (FLU) wird Haushaltsentwurf mitsamt Steuererhöhungen ablehnen

Von
Redaktion

14. November 2018



Symbolbild / Pixabay

Kein echter Wille zu sparen, kein Mumm, an die wirklich dicken Brocken zu gehen, zauderndes Klein-Klein und statt dessen ein tiefer Griff in die Taschen des Bürgers. Dazu sagt die Freie Liste Unna (FLU) NEIN. Sie wird den Haushaltsentwurf des Kämmerers für 2019/2020 ablehnen.

Hier die Ergebnisse der Finanzüberlegungen der FLU in Gänze.

Sehr geehrte Damen und Herren,

die FLU-Fraktion hatte gestern den Stadtkämmerer zu Gast, der den Anwesenden die Eckdaten seines Haushaltsentwurfes für die Jahre 2019/2020 vorstellte.

Da die Haushaltslücken nicht durch Verringerung der Ausgaben geschlossen werden, sollen jetzt Steuern und Gebühren massiv angehoben werden. **Der erneute Griff in die Taschen der Bürgerinnen und Bürger soll die nachhaltige Konsolidierung, effektive Sparmaßnahmen und den Verzicht auf neue Millionenprojekte ersetzen.**

Die Freie Liste Unna wird diesen Weg nicht mitgehen und den vorliegenden Haushaltsentwurf im Rat ablehnen.

Diese Entwicklung war absehbar. Schon der von der FLU ebenfalls abgelehnte Doppelhaushalt für die Jahre 2017/2018 beinhaltet eine perspektivische Darstellung von Steuererhöhungen für den Fall, dass nicht konsequent gegengesteuert wird.

Kostbare zwei Jahre sind seither vergangen, ohne dass die Probleme ernsthaft und nachhaltig angegangen worden wären. Alle jetzt noch mehr oder weniger ernsthaft diskutierten Lösungsansätze aus diversen Haushaltsklausuren, werden daran nichts mehr ändern. Wenn überhaupt umsetzbar, griffen diese sicher erst mittel- bis langfristig. Da hilft dann, wie bei der CDU, nur noch der Griff in die politische Mottenkiste, die beispielsweise eine kräftige Erhöhung der Parkgebühren und die Neuordnung des Kulturbereiches im Vorschlagsportfolio hat.

Die Nutzung möglicher Synergien bei der **Zusammenlegung von Stadtmarketing und Kulturbereich wurde bereits vor Jahren kontrovers diskutiert und von der FLU im Zusammenhang mit den Finanzhilfen für die Lindenbrauerei ohne hinreichende Mehrheit im Rat unterstützt.** Wer Parkgebühren erhöhen will, sollte zunächst einmal die Chancen eines überarbeiteten Parkraumbewirtschaftungskonzeptes für den angrenzenden Innenstadtbereich nutzen, auf die die FLU seit Jahren hinweist. Ein entsprechender Antrag wurde von uns am 09.01.17 vorgelegt.

Bauland könnte durch bisher verloren geglaubte Grundstücke im Rahmen einer Altlastensanierung und/oder durch Flächenrecycling neu geschaffen werden. Diesbezügliche Förderungsmöglichkeiten, die zeitlich leider begrenzt sind, werden seitens der Verwaltung immer noch nicht ernsthaft geprüft. Der FLU Antrag hierzu liegt seit dem 22.06.17 vor. Seitdem wird er in den Beratungsgremien des Rates hin- und hergeschoben.

Wo in Unna die Probleme liegen, ist uns zuletzt durch den Bericht der Gemeindeprüfungsanstalt klar vor Augen geführt worden. Unsere großen Ausgabeposten sind ebenfalls keine Geheimsache. Die Erkenntnis ist also schon da. Es fehlt einzig am politischen Willen und/oder Mut, unliebsame Entscheidungen zu treffen.

Daran änderte auch ein externer Berater nichts, der vom Ratsmitglied Tetzner gefordert wird. Dessen Vorschläge wären auch nur Empfehlungen, die später politisch diskutiert, entschieden und umgesetzt werden müssten.

Die Arbeitsgruppe für die Haushaltssicherung, die vom Rat gebildet wurde, um Auswege aus der Überschuldungsspirale zu suchen, hat mehrfach über viele Stunden getagt. Alle

Fraktionen waren darin vertreten. **Wirklich heikle Themen sind dort bis heute nicht angefasst worden.**

Man behandelte eher kleinere Randbereiche. Einzig dort, wo man glaubte, einen politischen Konsens erreichen zu können, wie zum Beispiel in Sachen Bürgeramtsaußenstellen oder Schließung zweier kleiner Sportstätten, kamen die Teilnehmer zu schnellen und „mutigen“ Ergebnissen. **Diese wurden aber sofort wieder in Frage gestellt, als sich betroffene Teile der Bürgerschaft dagegen zur Wehr setzten.**

Zur geschilderten Arbeitsweise hatte die FLU konkrete Gegenvorschläge, die sie zusammen mit den Grünen und der FDP durchzusetzen versuchte. Vergeblich.

Es kann überdies nicht allein Aufgabe der Politik sein, der Verwaltung Sparvorschläge zu unterbreiten. Vielmehr muss die Verwaltung mit ihrer fachlichen Kompetenz, sowie ihrem akademisch ausgebildeten und gut dotierten Fachpersonal, der Politik konkrete Wege aus der drohenden Überschuldung weisen. Diese Lösungsvorschläge sind dann zu diskutieren und im Anschluss klar zu entscheiden. Steuererhöhungen sind als letztes Mittel erst dann zu erwägen, wenn alle anderen Maßnahmen nicht ausreichen.

Nein, auf die bisherige Weise lässt sich das Haushaltsproblem nicht lösen. Auch hilft es nicht, Sparbemühungen vorrangig auf den Bereich der sogenannten freiwilligen Leistungen zu fokussieren. Hier sind in der Tat die Einsparpotenziale relativ gering, da die Summe aller freiwilligen Leistungen insgesamt nur einen sehr kleinen Anteil am Gesamthaushalt ausmacht.

Vielmehr muss vorrangig der Bereich der Pflichtaufgaben näher untersucht werden. Wo man in der Vergangenheit die Höhe einer solchen Ausgabe bemängelte, wurde sofort wie folgt geantwortet: „Das ist Pflichtaufgabe! Hier ist nicht zu sparen.“

Als eine solche Pflichtaufgabe wird immer wieder auch die Unterbringung zugewiesener Asylbewerber genannt. Um dieser Pflicht nachzukommen, bedarf es allerdings keines teuren Neubaus, sofern kostengünstigere Alternativen zur Verfügung stehen.

Auch wenn die FLU momentan nicht im Einzelnen zu belegen vermag, so kann niemand ernsthaft behaupten, dass sich bei einem Haushaltsvolumen von insgesamt fast 170 Mio. Euro nicht durch Kostenoptimierung, Synergieeffekte, verstärkte interkommunale Zusammenarbeit sowie Überprüfung und Neuverhandlung bestehender Verträge, große Summen einsparen ließen, ohne dass dabei Qualitätsverluste entstehen.